

Olk, Thomas

Kinder im "Sozialinvestitionsstaat"

ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 27 (2007) 1, S. 43-57



Quellenangabe/ Reference:

Olk, Thomas: Kinder im "Sozialinvestitionsstaat" - In: ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 27 (2007) 1, S. 43-57 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-56021 - DOI: 10.25656/01:5602

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-56021>

<https://doi.org/10.25656/01:5602>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

ZSE Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation Journal for Sociology of Education and Socialization

27. Jahrgang / Heft 1/2007

Schwerpunkt/Main topic

Die Wohlfahrt von Kindern in europäischen Ländern

Children's Welfare in European Countries

Editorial 3

Thomas Olk, Helga Zeiher

Die Wohlfahrt von Kindern in europäischen Ländern – Einführung in
den Themenschwerpunkt

*Children's Welfare in European Countries – Introduction to the Main
Topic* 5

An-Magritt Jensen

Children's Welfare – Ageing Europe

Wohlstand der Kinder – im alternden Europa 10

Tess Ridge

Children and Poverty across Europe – The Challenge of Developing Child
Centred Policies

*Kinder und Armut in Europa – Herausforderungen einer kindzentrier-
ten Politik* 28

Thomas Olk

Kinder im „Sozialinvestitionsstaat“

Children in the „Social Investment State“ 43

Helga Zeiher

Zeitwohlstand in der Kindheit

Time Welfare in Childhood 58

Beiträge

Walter Gehres

„Scheitern“ von Pflegeverhältnissen – Ein Klärungsversuch zur Sozia-
lisation in Pflegefamilien

Failure of Foster Care. An Essay on Socialization in Foster Families .. 73

Norbert Schreiber Zum Stichwort „Bündnis für Erziehung“: Erziehungsziele von Eltern und Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen <i>Catchword „Alliance for Education“: Educational Goals of Parents and Kindergarten Teachers</i>	88
--	----

Rezension/Book Review

Einzelbesprechungen

M. Joos über A.-M. Jense, A. Ben-Arieh et al. (Hrsg.) „Children’s Wel- fare in Ageing Europe“	102
K. Hurrelmann über M. Grundmann „Sozialisation. Skizze einer allge- meinen Theorie“	106

Aus der Profession/Inside the Profession

Veranstaltungskalender

University of Utrecht: „The 6th International Amsterdam Multilevel Con- ference“	109
Society for Research on Child Development: „Biennial Meeting of the Society for Research in Child Development“	109

Tagungsbericht

Tagungsbericht über die Fachtagung „Geschlechtergerechte Bildung und Erziehung vor und neben der Schule – vom Kindergarten bis zum Jugend- treff“	109
---	-----

<i>Call for Papers</i>	112
------------------------------	-----

<i>Vorschau/Forthcoming Issue</i>	112
---	-----

Thomas Olk

Kinder im „Sozialinvestitionsstaat“¹

Children in the „Social Investment State“

In dem internationalen Netzwerk COST A19 spielte die Frage nach der Position von Kindern in der „Wohlfahrtsarchitektur“ europäischer Nationen eine prominente Rolle. In diesem Beitrag wird untersucht, welche Auswirkungen die Restrukturierung moderner Wohlfahrtsstaaten auf den Bürgerstatus von Kindern hat. Es wird die These vertreten, dass sich auch in Deutschland ein Umbruch von einem redistributiven hin zu einem aktivierenden bzw. sozialinvestiven Sozialstaat vollzieht. An die Stelle des Schutzes vor Risiken durch Umverteilung tritt die Investition in „Humankapital“. In dem Beitrag werden die ambivalenten Folgen dieser „Kinderinvestitions politik“ auf den Bürgerschaftsstatus von Kindern untersucht.

Schlüsselwörter: Wohlfahrt der Kinder, Wohlfahrtsstaat, Sozialinvestitionsstaat, Bürgerstatus

The international researcher network COST A19 traced the issue of the specific position of children in the “welfare architecture” of European nations. The article points out that we are witnessing a fundamental shift from a redistributive to an activating respective a “Social Investment State”. The idea underlying this concept is that the state should not – as up till now – merely protect the social positions of particular “at risk” groups in a reactive manner, but should rather build “human capital” or “social capital” by investing in individuals and communities. It is shown that this shift gains ground in Germany as well. The article discusses the ambivalent consequences of this process of restructuring modern welfare states on the citizenship status of children.

Keywords: children’s welfare, welfare state, social investment state, citizenship

1. Einleitung

In den letzten Jahren zeichnete sich ein grundlegender Wandel in der „Wohlfahrtsarchitektur“ entwickelter Länder des Westens ab, der ganz offensichtlich auch die Stellung von Kindern, Frauen und Familien im wohlfahrtsstaatlichen Gefüge berührt. Vor dem Hintergrund veränderter ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen und grundlegender Defizite des „alten“ Wohlfahrtsregimes werden neue wohlfahrtspolitische Konzepte und Leitbilder unter Oberbegriffen wie „aktivierender Staat“ oder „Sozialinvestitionsstaat“ propagiert (vgl. Giddens, 1999). An die Stelle des bislang dominierenden „versorgenden“ Sozialstaates, der darauf abzielte, soziale Risikolagen durch die Zuteilung von Rechtsansprüchen auf Geldeinkommen zu kompensieren, soll nun ein aktivierender Investitionsstaat treten, der in das „Humankapital“ von Menschen bzw. in das

1 Dieser Artikel ist die übersetzte und überarbeitete Version eines Vortrages, der auf dem Eröffnungsplenum der Abschlusskonferenz der COST Aktion 19 „Children’s Welfare in Ageing Europe – Challenges and Opportunities“ am 16. und 17. Juni 2006 in Roskilde (Dänemark) gehalten wurde.

„Sozialkapital“ von Gemeinschaften investiert. Auf diese Weise sollen die Zielgruppen der derart ausgerichteten Sozialpolitik in die Lage versetzt werden, mit den Risiken und Unwägbarkeiten des Lebens in einer globalisierten Wissensgesellschaft aktiv und selbst gesteuert umzugehen, soziale Risikolagen zu überwinden und drohende Ausgrenzungsprozesse zu vermeiden.

Aus der Perspektive der sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung ist dieser Wandel der normativen Prämissen des vorherrschenden Sozialstaatsmodells von allergrößter Bedeutung. Denn das Konzept des „Sozialinvestitionsstaates“ zielt darauf ab, Kindern eine neue Rolle in Programmatik und Politik des neuen Wohlfahrtsstaates zuzuweisen. Die Bevölkerungsgruppe der Kinder wird zur zentralen Zielgruppe erhoben. Aus der Perspektive der Kindheitsforschung ergibt sich hieraus die Frage danach, ob und wenn ja, in welcher Weise, das Konzept des Sozialinvestitionsstaates eine solide Grundlage für eine kindbezogene Reform des wohlfahrtsstaatlichen Institutionensystems bereitstellt. Um dieser Frage nachgehen zu können, gliedert sich die Argumentation in folgende Schritte: Zunächst werden die zentralen Merkmale des Konzepts des Sozialinvestitionsstaates präsentiert; im Anschluss daran wird geprüft, inwiefern das Leitbild des Sozialinvestitionsstaates auch in Deutschland politisch-praktische Relevanz erhält; danach werden die Auswirkungen einer investitionsorientierten Wohlfahrtspolitik auf den Bürgerstatus (Citizenship-Status) von Kindern analysiert.

2. Das Konzept des „Sozialinvestitionsstaates“

Die möglichen Wechselbeziehungen zwischen dem Leitbild und der Politik des Sozialinvestitionsstaates und dem Bürgerstatus von Kindern sind bislang vor allem von einer Forschergruppe im Umkreis der kanadischen Politikwissenschaftlerin Jane Jenson (vgl. Jenson & Saint-Martin, 2002, 2003) und im Anschluss daran von der britischen Soziologin Ruth Lister (2003, 2004) untersucht worden. Als normatives Ideal wurde das Konzept des Sozialinvestitionsstaates von Anthony Giddens in seinem Buch „Der dritte Weg“ (1999, Original 1998) eingeführt. Seine zentrale Botschaft lautet: „Investition in *menschliches Kapital* statt direkter Zahlungen. An die Stelle des Sozialstaates sollten wir den *Sozialinvestitionsstaat* setzen, der einen integralen Bestandteil einer Gesellschaft mit positiver Wohlfahrt bildet.“ (1999, S. 137, Hervorhebungen im Original)

Die kanadischen Sozialwissenschaftlerinnen Jane Jenson und Denise Saint-Martin (2003) haben herausgearbeitet, dass die Idee des Sozialinvestitionsstaates in Reaktion auf die neoliberale Kritik am traditionellen Wohlfahrtsstaatsmodell entwickelt worden ist. Damit repräsentiert der Sozialinvestitionsstaat einen „Dritten Weg“ jenseits des „versorgenden“ Sozialstaats sozialdemokratischer Prägung einerseits und dem neoliberalen Konzept des „Minimalstaates“ andererseits. Der herkömmliche reaktiv-kompensatorische „sorgende“ Staat zielte darauf ab, die negativen Folgen marktwirtschaftlicher Prozesse sozial abzufedern und soziale Risiken insbesondere für die abhängig Beschäftigten durch Ausbau von Schutzrechten und die Gewährung von Lohnersatzleistungen zu bekämpfen. Das zugrunde liegende Staatsverständnis ging von einer weitgehenden Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft durch den Staat aus. Mit dem Scheitern der keynesianischen Wirtschaftssteuerung in den frühen 1970er Jahren und dem Auf-

kommen hartnäckiger Krisenphänomene wie Inflation und Arbeitslosigkeit geriet das „alte“ Sozialstaatsmodell unter Druck. Seit Beginn der 1980er Jahre ist in allen entwickelten Wohlfahrtsstaaten ein Aufstieg des Neoliberalismus zu verzeichnen, in dessen Folge Konzepte eines „schlanken“ bzw. „Minimalstaates“ an Attraktivität gewannen. Die expansive Ausgabenpolitik des umverteilenden Sozialstaates wurde als zunehmend wirkungslos in Bezug auf selbst gesetzte Ziele sowie als schädlicher Konsum von Finanzmitteln gebrandmarkt, die dem produktiven Kreislauf der Wirtschaft entzogen würden. Ein „übertriebener“ Sozialschutz führe zu Rigiditäten auf den Arbeitsmärkten und insbesondere bei Langzeitarbeitslosen und in der Armutsbevölkerung zu Phänomenen der „Welfare-Dependency“. Aus diesem Grund richtet sich der Sozialinvestitionsstaat konsequent an möglichen produktiven Effekten staatlicher Sozialausgaben aus. Danach können Sozialausgaben dann gerechtfertigt sein, wenn der Staat als „Unternehmer“ fungiert, der Investitionen in der Gegenwart nur in Bereichen tätigt, in denen er Gewinne in der Zukunft erwartet.

Dementsprechend wird die Investition in Humankapital als Königsweg zur Vorbereitung auf eine Zukunft in einer globalisierten Welt und wissensbasierten Ökonomie verstanden. Fehlender Zugang zu Wissen und „Bildungsarmut“ werden als die neuen sozialen Risiken in einer wissensbasierten Wirtschaftsgesellschaft identifiziert. Anstatt soziale Risiken durch Umverteilung von Einkommen zu kompensieren, werden die Bürger durch Investitionen in ihr Humankapital in die Lage versetzt, sich flexibel an die wechselnden Anforderungen der (Arbeits-)Märkte anzupassen und damit ihre Integration in die Gesellschaft (selbst) zu organisieren. In der Formel „Gerecht ist, was Arbeit schafft“ kommt prägnant zum Ausdruck, welche neuen sozialpolitischen Ziele in den Vordergrund rücken: Anstelle einer Gleichheitsvorstellung, die sich als durch sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen hergestellte *materielle* Gleichheit versteht, tritt nun die *Chancengleichheit*, und Freiheit wird nicht mehr primär als „Freiheit von materieller Not“, sondern vielmehr als Handlungsautonomie und Freiheit zur Risikoübernahme und eigen gesteuerten Handelns auf unsicheren Märkten interpretiert. Das zentrale Ziel des Sozialinvestitionsstaates ist die Inklusion der Sozialbürger in Märkte – insbesondere in Arbeitsmärkte – um sowohl die soziale Integration und Kohäsion einer nationalen Gesellschaft als auch deren ökonomische Wettbewerbsposition zu sichern. Das Ziel der „Vollbeschäftigung“, das allerdings auch bislang in der Regel höchst selektiv interpretiert wurde, wird nun durch das Ziel der „Beschäftigungsfähigkeit“² ersetzt. Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind Strategien der Aktivierung durch

2 Das Konzept des Sozialinvestitionsstaates ist gleichzeitig mit einem veränderten Staats- und Steuerungsverständnis verknüpft (vgl. Dobrowolsky & Saint-Martin, 2002; für die deutsche Debatte Dingeldey, 2006). Der Staat wird nicht als eine große bürokratische Umverteilungsmaschine, sondern vielmehr als ein „Unternehmer“ verstanden, der Führungs- und Managementkonzepte aus der freien Wirtschaft adaptiert und der seine eigenen Maßnahmen an ökonomischer Rationalität ausrichtet. Gegenüber gesellschaftlichen Akteuren (also sowohl wirtschaftlichen Unternehmen, Dritte-Sektor-Organisationen als auch Bürgerinnen und Bürgern) tritt der Staat weniger als hierarchischer Souverän auf, der „top down“ steuert, sondern als ein „Gewährleistungsstaat“, der im Prozess der sozialstaatlichen Leistungserbringung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren „auf Augenhöhe“ kooperiert.

eine Mixtur aus „Fordern und Fördern“ sowie lebenslanges Lernen. Die Ausrichtung aller Sozialausgaben auf produktive Wirkungen bzw. ökonomische Gewinnerwartungen hat Konsequenzen für die Auswahl von Zielgruppen. Dies ist der Grund, warum Kinder als soziale Gruppe im Prozess der Restrukturierung moderner Wohlfahrtsstaaten so wichtig werden. Kinder repräsentieren das höchste Potenzial der Produktivität; die Investition in das kindliche Humanvermögen verspricht den höchstmöglichen Gewinn in der Zukunft.

In einem wissenschaftlichen Bericht, der unter der belgischen EU-Präsidentschaft in Auftrag gegeben wurde, haben Gøsta Esping-Andersen und sein Team das Ziel einer „*kindzentrierten sozialen Investitionsstrategie*“ formuliert.³ In diesem Bericht greift Esping-Andersen die traditionellen sozialdemokratischen Forderungen nach einer egalitären Politik auf. Allerdings geht er davon aus, dass das zentrale Problem egalitärer Politik heute nicht mehr so sehr die Frage der sozialen Gerechtigkeit an sich sei, sondern vielmehr die Frage der ökonomischen Effizienz. Unter den Bedingungen einer globalisierten Wettbewerbswirtschaft und sinkender Geburtenraten kann es sich – so seine Argumentation – kein moderner Staat leisten, dass bestimmte Teile der Bevölkerung an den Anforderungen einer wissensbasierten Ökonomie scheitern. Allerdings würden die Lebenschancen der Menschen immer noch viel zu sehr von Einflüssen geprägt, denen sie in ihrer frühen Kindheit ausgesetzt seien. Um die Vererbung von sozialer Ungleichheit zu überwinden, schlägt er eine Doppelstrategie vor: Zum einen plädiert er für eine konsequente Bekämpfung der Kinderarmut, um sicher zu stellen, dass Eltern in die Zukunft ihrer Kinder investieren können, und zum anderen fordert er eine Ausweitung der Infrastruktur zur Bildung und Betreuung von Kindern auf hohem Qualitätsniveau.

Zusammenfassend lässt sich das Konzept des Sozialinvestitionsstaats folgendermaßen beschreiben:

- es ist zukunftsorientiert,
- es betont die Umverteilung von Chancen, um Inklusion zu sichern, auf Kosten der Umverteilung von Geldeinkommen zur Sicherung materieller Gleichheit,
- es bricht mit der bisherigen Dominanz konsumtiver Sozialausgaben zugunsten einer Ausrichtung der staatlichen Ausgabenpolitik auf „soziale Investitionen“,
- es integriert Familien- und Wirtschaftspolitik,
- es ist mit einem veränderten Staats- und Steuerungsverständnis verbunden, und schließlich
- erklärt es Kinder zur wichtigsten sozialpolitischen Zielgruppe, weil die sozialen Investitionen in diese Bevölkerungsgruppe die höchsten produktiven Effekte und Gewinnerwartungen in der Zukunft versprechen.

3. Zur Relevanz des Sozialinvestitionsstaates in Deutschland

Im Folgenden wird die These vertreten, dass das Leitbild des Sozialinvestitionsstaates auch in Deutschland an Einfluss gewinnt. Obwohl Deutschland

³ Der Bericht wurde im Jahre 2001 der belgischen Präsidentschaft übergeben und ist im Jahre 2002 als Buch publiziert worden (Esping-Andersen u.a., 2002).

bislang – völlig zu Recht – als Prototyp des korporatistisch-konservativen Wohlfahrtsstaatsmodells betrachtet wird, gibt es Belege für einen grundlegenden Wandel von einer redistributiven zu einer sozialinvestiven Sozialpolitik. Eingeleitet wurde dieser Politikwandel durch den Regierungswechsel von der konservativ-liberalen Koalition unter Kanzler Helmut Kohl zur rot-grünen Regierungskoalition unter Kanzler Schröder im Jahre 1998. Bereits im Wahlkampf der SPD wurden die Ideen und Leitbilder des „aktivierenden Staates“ bzw. „Sozialinvestitionsstaates“ unter dem Oberbegriff „Neue Mitte“ in die öffentliche Debatte eingeführt.

Wie eng allerdings der Spielraum für politische Akzentveränderungen war, zeigte die Reaktion auf das so genannte Schröder-Blair-Papier (1999), mit dessen Hilfe die Ideen des Dritten Weges von Toni Blair auch in Deutschland bekannt gemacht werden sollten. Der entschiedene Widerstand sowohl der Gewerkschaften als auch von Teilen der Sozialdemokratie und der politischen Öffentlichkeit führte dazu, dass der programmatisch-konzeptionelle Wandel der neuen Regierungskoalition eher verhalten und mit zeitlicher Verzögerung umgesetzt werden konnte. Dies hatte vor allem zur Folge, dass sich der Richtungswechsel in der Politik für Kinder und Familien erst in der zweiten Legislaturperiode ab 2002 in neuen Gesetzesinitiativen niederschlagen konnte. Auf der programmatischen Ebene griff die Regierung Schröder durchaus einige Elemente der Programmatik des Dritten Weges auf und kombinierte sie mit Elementen einer angebotsorientierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Dementsprechend fanden die Leitbilder und Konzepte einer aktivierenden Sozialpolitik unter dem Slogan „Fordern und Fördern“ insbesondere in den Reformen und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (Stichwort: Hartz-Gesetze) ihren Niederschlag, während das Konzept des Sozialinvestitionsstaates vor allem im Bereich der Bildungs- und Familienpolitik an Einfluss gewann.

Wie angedeutet, wurde der eigentliche Politikwechsel erst mit dem Amtsantritt der Familienministerin Renate Schmidt eingeleitet. Dieser Politikwechsel wurde mit der weitgehenden Erfolglosigkeit bisheriger Politik für Kinder und Familien legitimiert. Während die Bundesrepublik hinsichtlich der finanziellen Aufwendungen für familienpolitische Maßnahmen im oberen Drittel europäischer Länder angesiedelt ist, fallen die Erfolge dieser Politik recht mager aus.⁴ Aus diesem Grund wurde unter dem Titel einer „nachhaltigen Familienpolitik“ ein neues Konzept vorgeschlagen (vgl. Ristau, 2005). Dabei gehört es zum Kern dieses neuen Konzeptes, ganz in Übereinstimmung mit dem sozialinvestiven Denken, familien- und wirtschaftspolitische Ziele zu verknüpfen. Dementsprechend lautet das neue Motto: „Familie bringt Gewinn!“ Für den Kommunikationsstil dieser neuen Politik bedeutet dies, dass die Einführung jeder neuen kinder- und familienpolitischen Maßnahme von einem empirischen Nachweis des wirtschaftlichen Nutzens dieser Maßnahme begleitet wird.⁵ Da-

4 So ermittelte etwa die Bertelsmann-Stiftung für die Bundesrepublik in einer vergleichenden Studie jährliche Geldleistungen für Familien in einer Höhe von fast 90 Milliarden Euro (Eichhorst & Thode, 2002).

5 Studien zum Nachweis des volkswirtschaftlichen Nutzens des Ausbaus der Kinderbetreuung oder der Einführung familienfreundlicher Arbeitszeiten in Unternehmen lassen sich von der Website des Familienministeriums www.bmfsfj.de abrufen.

rüber hinaus wird die sozialinvestive Ausrichtung einer neuen Familienpolitik auch durch die enge Zusammenarbeit mit Wirtschaftssachverständigen wie Bert Rürup u. a. untermauert. Die zentralen Instrumente einer solchen wirtschaftspolitisch begründeten Familienpolitik sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuung und die Senkung von Opportunitätskosten durch die Einführung eines neuen Elterngeldes.

Die Einführung neuer Leitbilder und Ziele in der deutschen Politik für Kinder und Familien hat sich auch in neuen Gesetzesvorhaben und staatlichen Förderungsprogrammen niedergeschlagen. Die wichtigsten seien im Folgenden kurz skizziert:

Der Ausbau ganztags schulischer Angebote durch das Ganztags schulausbauprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung – 2003 – 2007“ des Bundes:

An der Nahtstelle zwischen Bildungspolitik und einer Politik für Kinder und Familien liegt das Ganztags schulprogramm „Bildung und Betreuung“ des Bundes. Angesichts des schlechten Abschneidens des Deutschen Bildungssystems in internationalen Schulleistungstudien (vor allem in der PISA-Studie) und angesichts der Defizite in der Familienpolitik beschloss die Bundesregierung im April 2002 eine Initiative zum Ausbau ganztags schulischer Angebote. Im Zeitraum von 2003 bis 2007 sollten den Ländern insgesamt 4 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden, um bis zum Ende der Laufzeit des Programms jede vierte der rund 40.000 Schulen in Deutschland zu einer Ganztagschule weiterzuentwickeln.

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung von Kindern durch das Tagesbetreuungs ausbaugesetz:

Das Herzstück der neuen sozialinvestiven Politik für Kinder und Familien ist zweifellos das Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder, das am 01. Januar 2005 in Kraft trat. Auch dieses Gesetz ist überwiegend wirtschaftspolitisch motiviert (vgl. Meysen & Schindler, 2004). Es ging zentral darum, die ökonomischen Ausfälle von Frauen durch lange Kinderbetreuungszeiten zu reduzieren und durch die Verbesserung der Kinderbetreuung Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, wie sie insbesondere im Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) geregelt sind, umsetzen zu können. Diese Ziele sollten durch einen konsequenten Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren und die Verbesserung von Qualitätsstandards in der Bildung und Betreuung erreicht werden. Es war daher das zentrale Ziel der Bundesregierung, mit dem Gesetz über den Ausbau der Kindertagesbetreuung die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahre 2006 auf mindestens 20% zu erhöhen, um damit Anschluss an den europäischen Standard zu gewinnen.

Das neue Elterngeld:

Neben dem Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist die Reform des Elterngeldes das zweite Herzstück einer neuen sozialinvestiven Politik für Kinder und Familien. Das vorherige Erziehungsgeld war im Vergleich zu Löhnen und Gehältern sehr niedrig bemessen mit der Konsequenz, dass die Opportunitätskosten desjenigen Elternteils, der seine Erwerbstätigkeit für die

Kindererziehung unterbrach, sehr hoch waren. Dieser Sachverhalt hat auch dazu beigetragen, dass das alte Erziehungsurlaubsgesetz und die hiermit zusammenhängenden Erziehungsgeldregelungen zu über 90% von Müttern wahrgenommen wurden. Die regierungsamtliche Begründung für die Einführung des neuen Elterngeldes beruht daher konsequenterweise auf dem Prinzip der Opportunitätskosten (vgl. Gruescu & Rürup, 2005). Danach zielt das neue Elterngeld darauf ab, die Opportunitätskosten desjenigen Elternteils, das für die Betreuung des Kindes zu Hause bleibt, zu verringern. An diese Person soll ein Elterngeld ausgezahlt werden, das 67% des bisherigen Nettolohns beträgt. Um Väter dazu zu motivieren, einen Teil der Verantwortung für die Betreuung des Kindes zu übernehmen, wurden ursprünglich 3 Monate bezahlter Elternzeit für den Vater reserviert, die im Falle einer Nicht-Inanspruchnahme verfallen sollten.

Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl konnte dieses neue Elterngeldgesetz nicht mehr in der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Regierungskoalition beschlossen werden. Die im Jahr 2005 neu gebildete Große Koalition aus CDU/CSU und SPD griff allerdings die Gesetzesinitiative der Vorgängerregierung auf, was dann auch zur Verabschiedung im Deutschen Bundestag am 29. September 2006 führte. Allerdings wurden angesichts des Widerstands von Teilen der CDU und vor allem der CSU Veränderungen an den zeitlichen Fristen vorgenommen. Während ursprünglich geplant war, die gesamte Laufzeit des neuen Elterngeldes inklusive der Vätermonate auf 12 Monate zu begrenzen, werden nun 14 Monate gewährt, wobei ein Elternteil es höchstens 12 Monate allein nehmen kann (vgl. Entwurf des Elterngeldgesetzes).

4. Zur Relevanz des Konzepts des Sozialinvestitionsstaates für den Bürgerstatus von Kindern

Aus einer kindorientierten Perspektive ist die Frage von besonderem Interesse, wie sich der Prozess der Restrukturierung moderner Wohlfahrtsstaaten auf den Bürgerstatus (Citizenship) von Kindern auswirkt. Welche Folgen hat die Durchsetzung des Sozialinvestitions-Prinzips im Hinblick auf die Position von Kindern in einer gegebenen Wohlfahrtsarchitektur? Wie werden die Rechte und Verantwortlichkeiten von Kindern im Sozialinvestitionsstaat definiert?

Wie bereits ausgeführt, werden Kinder im Sozialinvestitionsstaat zur wichtigsten Zielgruppe sozialpolitischen Handelns erhoben. Um in möglichst effektiver und effizienter Weise in diese spezifische Zielgruppe zu investieren, benötigt der Staat einen direkten Zugang zu Kindern. Es reicht nun nicht mehr aus, die Lebensbedingungen und das Verhalten von Kindern indirekt über ihre Eltern zu beeinflussen. Dieser Weg ist versperrt, weil die Einführung sozialinvestiver Politik zu einem erheblichen Anteil auf der Diagnose des „Familienversagens“ beruht. Die Protagonisten dieses Sozialstaatskonzepts vertrauen keineswegs darauf, dass Eltern von sich aus in der Lage wären, in erforderlicher Weise in das Humankapital ihrer Kinder zu investieren. Aus diesem Grunde sollen die Kinder möglichst frühzeitig in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Betreuung inkludiert werden. In diesen Einrichtungen sind die Bildungs- und Erziehungsziele, Curricula und Qualitätsstandards durch öffentliche Politik gestaltbar.

Wegen seiner Skepsis gegenüber den Fähigkeiten von Eltern, angemessen in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren, weitet der Sozialinvestitionsstaat sei-

ne Zuständigkeiten und Regelungsbefugnisse aus. Unter der Ägide des Sozialinvestitions-Prinzips ist der Staat an einer partiellen *De-Familialisierung von Kindheit und Kindern* interessiert. Dies hat Konsequenzen für den Bürger(rechts)status von Kindern. Wenn Kinder in wachsendem Maße zu Klienten öffentlicher Institutionen der Kleinkindbetreuung und von Schulen gemacht werden, erhalten sie in gewisser Weise einen Status als Sozialbürger und damit auch eine vermehrte öffentliche Sichtbarkeit. Dieser Sozialbürgerstatus ist – historisch gesehen – in den nordischen Staaten keineswegs neu, da dort bereits in den frühen 1970er Jahren damit begonnen wurde, eine sozialinvestive Politik zu realisieren. In Ländern allerdings, die wie etwa Kanada, Großbritannien und Deutschland erst in den letzten Jahren mit der Umsetzung des Konzepts des Sozialinvestitionsstaates begonnen haben, ist ein grundlegender Wandel im öffentlichen Status von Kindern zu beobachten. Dies hängt damit zusammen, dass diese Länder entweder – wie etwa Kanada und Großbritannien – dem liberalen Wohlfahrtsstaatsregime, oder aber – wie im Falle Deutschland – dem korporatistisch-konservativen Wohlfahrtsstaatsregime zugerechnet werden, was vor allem bedeutet, dass sie traditionell eine reservierte Haltung gegenüber staatlichen Interventionen in den Binnenraum der Privatfamilie aufweisen und in denen Kindheit überwiegend als „Familienkindheit“ und damit nahezu ausschließlich als eine Angelegenheit der Eltern definiert wird.

Welche Bedeutung hat nun die wachsende öffentliche Sichtbarkeit und Verantwortungsübernahme des Staates für den Bürger(rechts)status von Kindern? Die einschlägige Literatur zum Bürger(rechts)status von Kindern ist sich – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – darin einig, dass Kinder weit davon entfernt sind, als vollwertige Bürger anerkannt zu sein.⁶ Folgt man Thomas H. Marshall (1964), dem Begründer des klassischen Citizenship-Konzepts, dann zielt Citizenship auf einen Bürgerstatus, bei dem die Mitglieder einer Gesellschaft über gleiche Rechte und Pflichten verfügen und sich insofern als gleichberechtigte Bürger gegenüber treten können. Darüber hinaus unterscheidet er zwischen zivilen, politischen und sozialen Bürgerrechten. Der gesellschaftliche Status von Kindern als einer abgegrenzten Bevölkerungsgruppe ist nun dadurch gekennzeichnet, dass ihnen weder die vollen zivilen, politischen noch sozialen Bürgerrechte zuerkannt werden. Kinder können kein Eigentum erwerben, im zivilen Leben sind entweder ihre leiblichen Eltern oder Personensorgeberechtigte für sie verantwortlich, sie haben kein aktives oder passives Wahlrecht und können auch nur eingeschränkt politische Macht – z. B. in Partizipationsprojekten – ausüben; schließlich haben sie nur indirekten Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen und Angeboten.

6 Die Debatte um die Citizenship bzw. den Bürger(rechts)status von Kindern kreist um die Frage nach der (vollwertigen) Teilhabe von Kindern an der modernen Wohlfahrtsgesellschaft mit ihren verschiedenen Subsystemen. Diese Debatte ist aus der Perspektive der sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung von zentraler Bedeutung, weil es hierbei um die soziale Positionierung von Kindern in der Gesellschaft geht. Dennoch gibt es kaum deutschsprachige Literatur zu dieser Thematik, während die allgemeine, auf Erwachsene bezogene Debatte um Citizenship auch hierzulande in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Dagegen hat sich in Großbritannien eine intensive Diskussion um den Citizenship-Status von Kindern entwickelt, auf die hier theoretisch-konzeptionell Bezug genommen wird (vgl. Roche, 1999; Cockburn, 1998, 2005; sowie die Beiträge Invernizzi & Milne, 2005).

Um die Ursachen für den marginalen Status von Kindern besser verstehen zu können, greift Cockburn (1998) die in feministischen Diskursen entwickelte Figur „der Anderen“ in der westlichen Kultur auf. Ebenso wie sich Männer im Geschlechterverhältnis als die Norm verstehen, an der Frauen gemessen und zu „den Anderen“ erklärt werden, so werden auch Kinder an der Norm des Erwachsenseins gemessen und zu „anderen“ normabweichenden Wesen erklärt. „Damit repräsentieren Kinder alle diejenigen Eigenschaften, die einem ‚Nicht-Bürger‘ zukommen: Sie sind irrational, unfähig, unterentwickelt oder abhängig und sie werden in der Regel im dominanten Diskurs beschrieben, als das was sie nicht sind, also als nicht-erwachsene, nicht-verantwortliche, nicht-rationale oder nicht-autonome Personen. Dies bedeutet, dass ihre ‚Andersheit‘ negativ bewertet wird und stets als ein Problem sowohl für sie selbst als auch für andere gesehen wird.“ (ebenda, S. 107; Übersetzung T. O.) Der marginale Status und die Abhängigkeit von Kindern werden also durch die Vorstellung legitimiert, dass Kinder aus biologischen und psychologischen Gründen in gewisser Weise unfertig sind und funktionale Defizite aufweisen. Solchen Vorstellungen setzt er die Einsicht des Sozialkonstruktivismus entgegen, wonach der inferiore Status von Kindern eine soziale Konstruktion sei und damit gesellschaftlich hergestellt werde. Kinder – so seine Argumentation – werden in einer Kultur der Abhängigkeit festgehalten, weil soziale Institutionen und die sie repräsentierenden Erwachsenen ein Interesse an dieser gesellschaftlichen Abhängigkeitskonstruktion haben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern das Konzept des Sozialinvestitionsstaates in der Lage sein könnte, dieser Situation der Abhängigkeit und Marginalität von Kindern ein Ende zu bereiten. Kann das Konzept des Sozialinvestitionsstaates vielleicht sogar als Unterstützung für die Forderung nach Durchsetzung des vollen Bürgerschaftsstatus für Kinder fungieren? Auf den ersten Blick könnte dies so erscheinen. Kinder werden – wie skizziert – im Konzept des Sozialinvestitionsstaates zur wichtigsten Zielgruppe politischen Handelns gemacht. Sie repräsentieren – wie Jane Jenson ausgeführt hat – den „Modellbürger“ und verdienen – wie Ruth Lister es formuliert hat – einen geradezu ikonischen Status. Auf den zweiten Blick zeigt sich allerdings, dass solche Erwartungen im Konzept des Sozialinvestitionsstaates keine Entsprechung finden. Der entscheidende Grund hierfür liegt in dem Sachverhalt, dass im Konzept des Sozialinvestitionsstaates das Prinzip der redistributiven Gerechtigkeit restlos durch die Philosophie der Chancengerechtigkeit ersetzt wird. Dies bedeutet, dass dem Bürgerstatus der Kinder kein eigenständiger Wert zugewiesen wird, sondern unmittelbar auf den künftigen Bürgerstatus der Erwachsenen verweist; die den Kindern zgedachte Rolle wird daher nur verständlich, wenn man berücksichtigt, was von den Erwachsenen erwartet wird. Im Sozialinvestitionsstaat werden Erwachsene in erster Linie in ihrer produktiven Rolle als Erwerbstätige gesehen und wertgeschätzt. Sie sind die produktiven „Arbeitsbürger der Gegenwart“. Es handelt sich also bei ihnen primär um wirtschaftliche Akteure, die sich an die wechselnden Erfordernisse des Arbeitsmarktes in einer globalisierten wissensbasierten Wirtschaft anpassen und die mit denjenigen Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgestattet sind, die erforderlich sind, um sich mit ständig neuen Herausforderungen in einer Zeit der Unsicherheit auseinandersetzen zu können und die sowohl motiviert als auch in der Lage sind, sich lebenslang neues Wissen und neue Fertigkeiten anzueignen.

Wenn also die Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter die „*Arbeitsbürger der Gegenwart*“ sind, dann werden Kinder dementsprechend als „*Arbeitsbürger der Zukunft*“ konstruiert. Es geht um die Vorbereitung der nächsten Generation von Erwerbstätigen auf ihre künftige ökonomische Rolle als produktive Erwerbstätige. Dem Staat wird in diesem Konzept eine doppelte Rolle zugeschrieben: Zum einen hat er dafür Sorge zu tragen, dass die nachwachsende Generation von Kindern aufgrund der möglicherweise unterprivilegierten Lage oder defizitären Fähigkeiten ihrer Eltern nicht von der künftigen Inklusion in wirtschaftliche Zusammenhänge – und damit aus der Gesellschaft der Arbeitsbürger – ausgeschlossen werden. Darüber hinaus wird den Kindern die Aufgabe zugewiesen, von den bereitgestellten Chancen und Gelegenheiten klug Gebrauch zu machen und sich optimal auf ihre künftige Rolle als produktive Arbeitsbürger vorzubereiten. Die Kehrseite dieses zukunftsbezogenen Denkens besteht darin, dass die produktiven Beiträge der Kinder in der Gegenwart, also ihr ökonomisch und gesellschaftlich relevantes Handeln und Wirken als Kinder – keinerlei Anerkennung erfahren. Sowohl die vorherrschende Zukunftsorientierung als auch die Definition von Kindern als Träger der ökonomischen Wohlfahrt der Zukunft führen also dazu, dass die produktiven Beiträge der Kinder in der Gegenwart – also zum Beispiel ihre Schularbeit, ihre produktiven Aktivitäten im Familienhaushalt oder ihre sonstigen Beiträge (dazu z. B. die Beiträge in Hengst & Zeiher, 2000) – gesellschaftlich als irrelevant und unwichtig – eben als bedeutungslose oder illegale Schattenarbeit – abgewertet werden.

Ein weiterer Aspekt ist der rein symbolische Status von Kindern im Sozialinvestitionsstaat: Wenn es zutrifft, dass eine faire Verteilung knapper Güter sowie Macht und Einfluss unwichtig werden im Vergleich zur Gleichheit von Chancen, dann werden sowohl die generationale Ungleichheit als auch der marginale Status von Kindern in der Sozialstruktur moderner Gesellschaften selbst unsichtbar. Wie Giovanni Sgritta (1997) ausgeführt hat, ist dies ein Resultat der Vorstellung, „dass Kindheit keine soziale Kategorie, sondern lediglich ein Durchgangsstadium sei. Gemäß dieser Idee ist Kindheit nicht mehr als eine Phase in einem Entwicklungsprozess, eine Ausbildungsphase, um sich auf die Einnahme einer definitiven Position im Erwachsenenalter vorzubereiten. Aus dieser Perspektive wird Kindheit nicht als ein permanenter und integraler Teil der Gesellschaft anerkannt. (...) Wenn Kindheit aber nicht als ein integraler Teil der Gesellschaft gesehen wird, dann ist es unnötig, auf die Bedürfnisse von Kindern Rücksicht zu nehmen bzw. sie in der gleichen Weise zu berücksichtigen wie die Ansprüche und Bedürfnisse anderer sozialer Gruppen; es wäre schon gar nicht notwendig, diesen ‚Bonsai-Menschen‘ die Machtressourcen zuzugestehen, ihre Interessen zu repräsentieren. Denn Kinder haben danach per Definition keine kindspezifischen Interessen; sie haben keine Interessen, die sich von denjenigen der Erwachsenen systematisch unterscheiden, die für sie sorgen; sie sind keine Stakeholder.“ (ebenda, S. 401, Übersetzung T. O.) Wenn aber Kindheit und Kinder nicht als integrale Bestandteile der Sozialstruktur moderner Gesellschaften mit eigenständigen Bedürfnissen und Interessen gesehen werden, dann sind der Instrumentalisierung von Kindern für Ziele, die jenseits kindspezifischer Interessen und Bedürfnisse liegen, keine Grenzen mehr gesetzt. Zu solchen Zielen gehören u. a. die Unterwerfung von Kindern und Kindheit unter den Imperativ der Vorbereitung auf eine globalisierte Ökonomie sowie die ausschließliche Behandlung von Kindheit und Kindern als das künftige Humankapital einer „alternden Gesellschaft“.

Eine weitere höchst ambivalente Auswirkung der Zukunftsorientierung des Investitionsprinzips wird von dem britischen Kindheitsforscher James Prout (2000) herausgearbeitet. Er zeigt, dass es beim sozialinvestiven Denken um die Kontrolle der Zukunft in einer Welt voller Unsicherheit, Komplexität und Veränderlichkeit geht. Insofern ist die Investition in Kinder eine besondere Form der Zukunftskontrolle; die Investitionsstrategie erweist sich als eine spezifische Kontrolltechnik. In Kinder zu investieren, bedeutet aus dieser Perspektive vor allem, künftige Verluste und finanzielle Einbußen zu vermeiden. Hieraus resultieren zwei Risiken für den Bürgerstatus von Kindern: Auf der einen Seite wird die Konzentration auf die Zukunft durch eine Vernachlässigung des Wohlbefindens von Kindern in der Gegenwart und die Verweigerung der Anerkennung von Kindern als Personen aus eigenem Recht erkauft. Auf der anderen Seite führt diese Investitionsorientierung zu einem wachsenden Interesse an der Kontrolle der Aktivitäten von Kindern. Wenn Kinder und ihre vorbereitenden Aktivitäten eine derart hohe Bedeutung für die gesellschaftliche Zukunft haben, dann muss alles Erdenkliche getan werden, um Kinder zur Realisierung gewünschter Verhaltensweisen und zur Vermeidung abweichenden Verhaltens zu motivieren. Die ökonomische Kontrolle der Zukunft durch Investitionen in Kinder ist also mit einem intensiven politischen Interesse an der Kontrolle des Lebensstils und des Verhaltens von Kindern in der Gegenwart verknüpft.

Die Vorherrschaft des ökonomischen Investitionsprinzips führt zudem zu einer Vernachlässigung der demokratischen Komponente des Bürgerstatus. Wie bereits erwähnt, sind Kinder keine vollwertigen Bürger im Sinne des Citizenship-Konzepts von T. H. Marshall. An dieser Situation der politischen Marginalisierung von Kindern hat sich allerdings insofern etwas verändert, als die internationale Kinderrechtsbewegung im Anschluss an die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 ein Citizenship-Modell propagiert hat, das Kinder als aktiv beteiligte Bürger konstruiert (vgl. Stasiulis, 2002). Dennoch muss aus heutiger Sicht festgestellt werden, dass sich die Hoffnungen auf eine quasi evolutionäre Durchsetzung dieses Citizenship-Modells nicht erfüllt haben, was auch in regierungsoffiziellen Berichten zum Stand der Umsetzung der Forderungen der UN-Kinderrechtskonvention konzediert wird (für die Bundesrepublik BMFSFJ, 2005). Dies ist kein Zufall: Vielmehr wird im Sozialinvestitionsstaat das beteiligungsorientierte Citizenship-Modell der UN-Kinderrechtskonvention durch das produktivistische Modell von Kindern als „citizen workers of the future“ verdrängt.

5. Perspektiven einer Anerkennung des Bürgerstatus von Kindern im Sozialinvestitionsstaat

In der bisherigen Argumentation wurde sowohl auf die Bedeutung der ökonomischen Komponente des Bürgerschaftsstatus von Kindern (ihre Rolle als künftige Arbeitsbürger) als auch auf die politische Komponente (politische Beteiligung von Kindern) eingegangen. Es hat sich gezeigt, dass im Kontext des Umbaus von Kindheit im Sozialinvestitionsstaat in beiden Hinsichten Defizite zu verzeichnen sind. Gerade unter den Bedingungen einer sozialinvestiven Politik wäre allerdings die Anerkennung sowohl der ökonomischen Produktivität von Kindern als auch ihrer Rolle als politische Bürger von spezifischer Relevanz. Im Folgenden möchte ich mich zunächst der Bedeutung der politi-

schen Partizipation von Kindern unter veränderten sozialstaatlichen Bedingungen zuwenden. Wie gezeigt, werden Kinder im Sozialinvestitionsstaat in zunehmendem Maße in öffentliche Institutionen wie frühkindliche Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen und sonstige Bildungsinstitutionen sowie soziale Dienste einbezogen. Dies hat zur Konsequenz, dass Auseinandersetzungen über den Auftrag dieser Institutionen, die Verhaltenserwartungen an die Kinder und Fragen der Strukturierung des Tagesablaufs in diesen Institutionen von höchster Relevanz für die Lebensqualität von Kindern sind. Dies bringt auch Ruth Lister klar zum Ausdruck, wenn sie im Hinblick auf die Inhalte und Anforderungen in Bildungsinstitutionen im Sozialinvestitionsstaat formuliert: „Bildung wird reduziert auf eine utilitaristische Kultur der Leistungsmessung durch Tests und Prüfungen, die wenig Rücksicht auf die tatsächlichen Bildungsbedürfnisse und aktuellen Bildungserfahrungen der Kinder nimmt.“ (2004, S. 172f.; Übersetzung T. O.) Hieraus folgt aus kindorientierter Perspektive, dass alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Definition pädagogischer Ziele, der Curricula und des täglichen Lebens in Bildungs- und Betreuungsinstitutionen anfallen, nicht ohne echte Beteiligung von Kindern entschieden werden sollten, die ja als Bildungsklienten wachsende Teile ihres Tages in solchen Institutionen verbringen (müssen).

Es geht dabei keineswegs darum, Kinder den Erwachsenen in allen Hinsichten völlig gleichzustellen (vgl. BMFSFJ 1998). Vielmehr geht es darum, wie es Cockburn (1998) formuliert hat, Kindheit als eine soziale Institution anzuerkennen, die wertgeschätzt, geschützt und als etwas Besonderes behandelt werden sollte: „Das Recht des Kindes auf eine Kindheit (wie immer sie von der jeweiligen Gesellschaft definiert wird) benötigt Schutz und Anerkennung. (...) Dennoch darf dieses Recht auf eine Kindheit nicht auf Kosten der Anerkennung der Citizenship von Kindern erkaufte werden.“ (ebenda, S. 111; Übersetzung T. O.) Das Problem besteht also darin, dass das Recht von Kindern auf Kindheit durch einen politischen Handlungsansatz gefährdet wird, der Kindheit ausschließlich für Zwecke der Vorbereitung auf die Übernahme ökonomisch produktiver Rollen in der Zukunft instrumentalisiert.

Damit möchte ich mich der Frage der ökonomischen Citizenship von Kindern zuwenden. Es ist bereits angesprochen worden, dass das sozialinvestive Denken den Kindern durchaus eine ökonomisch relevante Rolle zuweist. Das Problem liegt nur darin, dass sich diese ökonomisch produktive Rolle ausschließlich auf die Zukunft als spätere Erwachsene bezieht. Das Problem, um das es aus kindorientierter Perspektive geht, ist also die Anerkennung der ökonomischen Produktivität der Aktivitäten von Kindern in der Gegenwart. Hierfür bietet gerade das Konzept des Sozialinvestitionsstaates neue, von den Protagonisten dieses Konzepts bislang unentdeckte Anknüpfungspunkte, die im Rückgriff auf Überlegungen von Cockburn (1998) herausgearbeitet werden können. Um den besonderen Bedingungen von Kindern und Kindheit gerecht werden zu können, plädiert er für die Entwicklung einer „kindbezogenen“ Theorie der Citizenship. Der Ausgangspunkt für eine solche kindbezogene Konzeption von Citizenship ist die Abkehr von der „mystischen Figur des autonomen Individuums“ und die Anerkennung der wechselseitigen Abhängigkeit aller Menschen. An die Stelle der Fiktion der Unabhängigkeit (Independence) setzt er die Anerkennung der sozialen Einbettung, also des unhintergehbaren Tatbestands der „wechselseitigen Abhängigkeit“ (Interdependence) im Zusammenleben der Menschen.

Wechselseitige Abhängigkeit gilt insbesondere auch für die Beziehung zwischen Kindheit und Gesellschaft bzw. für die Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern. Natürlich trifft es zu, dass Kinder von Erwachsenen – speziell von ihren Eltern – abhängig sind. Aber es trifft ebenso zu, dass die Mitglieder einer jeweiligen Gesellschaft im Hinblick auf den künftigen Fortbestand der Gesellschaft ihrerseits von der Existenz von Kindern abhängig sind. Aus dieser Perspektive lässt sich daher Kindheit als eine sozial hergestellte und zeitlich immer weiter verlängerte Existenzform der Abhängigkeit rekonstruieren, für deren Aufrechterhaltung sich Eltern und Staat die Kosten teilen. Im Sozialinvestitionsstaat wird die Abhängigkeit zwischen Gesellschaft und Kindern – wie gezeigt – durchaus implizit anerkannt. Denn der zukünftige Erfolg einer nationalen Ökonomie hängt danach in einem globalisierten Wirtschaftsgeschehen von angemessenen Investitionen in das produktive Potenzial der Kinder ab. Aus kindorientierter Perspektive ist allerdings hervorzuheben, dass dies nicht zu einer entsprechenden gesellschaftlichen Anerkennung der ökonomischen Aktivitäten von Kindern in der Gegenwart und damit zu einer Aufwertung ihres gegenwärtigen Sozialstatus führt. Dies ist nicht zuletzt auf eine begrifflich-konzeptionelle Unschärfe zurückzuführen. Denn im Kontext des sozialinvestiven Denkens werden Kinder ausschließlich als *Objekte* und nicht als *Subjekte* von Investitionen identifiziert. Aus der Perspektive der Kindheitsforschung kommt es daher darauf an, diesen Teil der Argumentation des sozialinvestiven Denkens „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen. Bezug nehmend auf neue Ansätze der Sozialisationstheorie, der Humankapitaltheorie und des Ko-Produktionstheorems im Bereich sozialer Dienstleistungen kann gezeigt werden, dass Investitionen in Kinder ohne produktive Effekte bleiben würden, wenn Kinder nicht motiviert und in der Lage wären, einen Prozess der Selbst-Reproduktion und Selbst-Sozialisation in Gang zu halten (vgl. etwa Zinnecker, 2002). Folgt man solchen theoretischen Konzepten und Vorstellungen, dann kann eine Brücke geschlagen werden zu den Konsequenzen, die dieses für den Bürgerstatus von Kindern haben müsste und wie dies insbesondere Qvortrup (2000) und im Anschluss daran Wintersberger (2000) herausgearbeitet haben.

Ihr zentrales Argument lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die „obligatorische Tätigkeit“ von Kindern (also vor allem ihre Schularbeit) kann unter den Bedingungen einer modernisierten Dienstleistungsgesellschaft durchaus als echte ökonomisch wertvolle Tätigkeit verstanden werden. Dieser (neue) ökonomische Wert der Kinderarbeit sei allerdings gesellschaftlich bislang unentdeckt geblieben, da Kinder ihren Eltern auf der Ebene des Familienhaushaltes vornehmlich Kosten verursachen und der produktive Wert der Kinderarbeit auch im offiziell registrierten Bruttosozialprodukt keine Berücksichtigung finde. Allerdings habe sich der Wert der Kinderarbeit im historischen Ablauf mit der ökonomischen Produktionsweise und der Form der Arbeitsteilung geändert. Unter den Bedingungen einer technologisch weit fortgeschrittenen, arbeitsteiligen und wissensbasierten Produktionsweise liege der Beitrag von Kindern nicht – wie in der vorindustriellen Gesellschaft – in der unmittelbaren Mitwirkung im Arbeitsprozess, sondern vielmehr in der intensiven und zeitraubenden Vorbereitung auf hochkomplexe Arbeitstätigkeiten durch Aktivitäten der „Selbst-Sozialisation“ und „Selbst-Qualifizierung“ in formal organisierten (Aus)Bildungsprozessen. Wenn aber die Aktivitäten von Kindern ökonomisch relevant sind, dann, so das Argument, haben die Kinder auch ein Recht

auf gesellschaftliche Anerkennung dieser ökonomisch relevanten Arbeit durch die Gesellschaft, die von diesen Aktivitäten profitiert.

Obwohl die konkrete Form im internationalen Vergleich unterschiedlich ausfallen kann, plädieren daher sowohl Qvortrup als auch Wintersberger für eine materielle Grundsicherung für Kinder. Dieses „Recht auf ein Grundeinkommen“, das die materielle Lebenslage von Kindern tendenziell vom Einkommen ihrer Eltern abkoppeln würde, wird hier nicht als Gegenleistung für die erwarteten produktiven Aktivitäten von Kindern als „Arbeitsbürger der Zukunft“ verstanden, sondern als ein Äquivalent für die Aktivitäten der Selbst-Reproduktion und Selbst-Qualifikation von Kindern in der Gegenwart. Folgt man dieser Argumentation, dann entgeht man einem zentralen Problem, das untrennbar mit dem sozialinvestiven Denken verbunden ist. Wenn nämlich – dem Investitionsgedanken folgend – Investitionen in Kindheit und Kinder ausschließlich mit der *künftigen* ökonomischen Nützlichkeit und Produktivität der „Arbeitsbürger der Zukunft“ legitimiert wird, dann ist es auch ökonomisch vernünftig, das Ausmaß der Investitionen in Kinder an der erwarteten individuellen Produktivität in der Zukunft zu bemessen. Die Folge wäre eine selektive Praxis, wonach in diejenigen Gruppen von Kindern, die aufgrund ihrer Voraussetzungen und Potenziale positive ökonomische Prognosen rechtfertigen, mehr investiert würde als in ohnehin schon benachteiligte Kinder, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft im Arbeitsprozess weniger produktiv sein werden. Darüber hinaus lässt sich die Forderung nach einem Grundeinkommen für Kinder, das mit dem ökonomischen Wert der obligatorischen Aktivitäten von Kindern legitimiert wird, eher mit der industriegesellschaftlichen Tradition einer Arbeits- und Pflichtethik und hiermit verbundenen Reziprozitätsvorstellungen verbinden als die Forderung nach einem „allgemeinen Grundeinkommen“, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt werden soll, und wie es seit einigen Jahrzehnten von einer Gruppe von Philosophen und Sozialwissenschaftlern propagiert wird (etwa Vanderborcht & Van Parijs, 2005).

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005). *Nationaler Aktionsplan. Für ein kindgerechtes Deutschland 2005 – 2010*.
- Cockburn, T. (1998). Children and Citizenship in Britain. *Childhood*, 5 (1), 99-117.
- Cockburn, T. (2005). Children and the Feminist Ethic of Care. *Childhood*, 12 (1), 71-89.
- Dingeldey, I. (2006). Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 8-9/2006, 3-9.
- Dobrowolsky, A. & Saint-Martin, D. (2002). *Agency, Actors and Change in a Child-Focused Future: Problematizing Path Dependency's Past and Statist Parameters*. Working Paper 3 prepared for the Annual Meeting of the American Political Science Association.
- Eichhorst, W. & Thode, E. (2002). *Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Benchmarking Deutschland aktuell*. Hrsg. Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Esping-Andersen, G. u.a. (2002). *Why We Need a New Welfare State*. New York: Oxford University Press.

- Giddens, A. (1999). *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. (Original: Giddens, A. (1998). *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*. Cambridge.)
- Gruescu, S. & Rürup, B. (2005). Nachhaltige Familienpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 23-24/2005, 3-6.
- Hengst, H. & Zeiher, H. (Hrsg.) (2000). *Die Arbeit der Kinder. Kindheitskonzept und Arbeitsteilung zwischen den Generationen*. Weinheim und München: Juventa.
- Invernizzi, A. & Milne, B. (Hrsg.) (2005). Children's Citizenship: An Emergent Discourse on the Rights of the Child? *Journal of Social Sciences*, Special Issue No. 9.
- Jenson, J. & Saint-Martin, D. (2002). *Building Blocks for a New Welfare State Architecture: From Ford to LEGO?* Prepared for the American Political Science Association, August-September.
- Jenson, J. & Saint-Martin, D. (2003). New Routes to Social Cohesion? Citizenship and the Social Investment State. *Canadian Journal of Sociology*, 28 (1), 77-99.
- Lister, R. (2003). Investing in the Citizen-workers of the Future: Transformations in Citizenship and the State under New Labour. *Social Policy & Administration*, 37 (5), 427-443.
- Lister, R. (2004). The Third Way's Social Investment State. In J. Lewis & R. Sunder (Hrsg.), *Welfare State Change. Towards a Third Way?* (S. 157-181). Oxford.
- Marshall, T. H. (1964). Citizenship and Social Class. In T. H. Marshall (Hrsg.), *Class, Citizenship and Social Development* (S. 65-122). Garden City NJ (first published 1950, first held 1949 as Marshall Lecture at Cambridge University).
- Meysen, T. & Schindler, G. (2004). Ausbau der Kindertagesbetreuung – Ein Gesetzentwurf zwischen Einigkeit und Reizthema. *Jugendamt*, 06-07/2004, 277-289.
- Prout, A. (2000). Children's Participation: Control and Self-realisation in British Late Modernity. *Children & Society*, 14, 304-315.
- Qvortrup, J. (2000). Kolonisiert und verkannt: Schularbeit. In H. Hengst & H. Zeiher (Hrsg.), *Die Arbeit der Kinder. Kindheitskonzept und Arbeitsteilung zwischen den Generationen* (S. 23-43). Weinheim und München: Juventa.
- Ristau, M. (2005). Der ökonomische Charme der Familie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 23-24/2006, 16-23.
- Roche, J. (1999). Children: Rights, Participation and Citizenship. *Childhood*, 6 (4), 475-493.
- Schröder, G. & Blair, T. (1999). Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7, 888-896.
- Sgritta, G. (1997). Childhood on the Economic and Political Agenda. *Childhood*, 3 (4), 375-404.
- Stasiulis, D. (2002). The Active Child Citizen: Lessons from Canadian Policy and the Children's Movement. *Citizenship Studies*, 6 (4), 507-538.
- Vanderborcht, Y. & Van Parijs, P. (2005). *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Wintersberger, H. (2000). Kinder als ProduzentenInnen und als KonsumentInnen. Zur Wahrnehmung der ökonomischen Bedeutung von Kinderaktivitäten. In H. Hengst & H. Zeiher (Hrsg.), *Die Arbeit der Kinder. Kindheitskonzept und Arbeitsteilung zwischen den Generationen* (S. 169-188). Weinheim und München: Juventa.
- Zinnecker, J. (2000). Selbstsozialisation – Essay über ein aktuelles Konzept. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 20, 272-303.

Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät III – Erziehungswissenschaften, Institut für Pädagogik, Franckeplatz 1/H. 6, 06099 Halle, E-Mail: thomas.olk@paedagogik.uni-halle.de

Eingereicht (invited paper): 15.10.2006